

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

8. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

13. September 2022



Bündnis  
für soziale  
Gerechtigkeit

17.09. 13 UHR  
RIEBECKPLATZ

Entlastung JETZT

GENUG IST **GENUG**

Wir sind ein Bündnis aus Engagierten für soziale Gerechtigkeit, Gewerkschafter:innen, Pflegenden, Klimaaktivist:innen, Einzelpersonen und Organisationen. Wir sind Antifaschist:innen. Wir sind offen für Viele(s). Für Querdenker:innen, Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Rassismus nicht.

**#NichtMitUns**

## In einer sozialen Krise braucht es soziale Lösungen.

Liebe Genoss:innen,  
überall ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Mit „So“ ist gemeint: Energiepreise, die niemand bezahlen kann. Lebensmitteleinkäufe, die das Doppelte kosten. Arbeiter:innen, Studierende, Rentner:innen und Erwerblose, die nicht wissen, wann und ob sie tatsächlich substantielle Hilfen bekommen. Damit ist die Krise zur Normalität geworden.

Wir sagen: In einer sozialen Krise braucht es soziale Lösungen. Der Markt, auf den die Regierung nach wie vor setzt, schert sich nicht darum, ob wir unsere Rechnungen bezahlen können. Er interessiert sich nicht für die Träume, Ängste und Sorgen von uns, sondern reicht den Preis einfach weiter. Und die Politik macht sich wieder einmal zur bloßen Zuschauerin.

Wenn wir in einer gerechten Gesellschaft leben wollen, in der die Würde, das Auskommen und die soziale

Sicherheit eines jeden auch in Krisenzeiten garantiert wird, dann braucht es jetzt Druck von der Straße. Deshalb rufen wir gemeinsam mit vielen Partner:innen dazu auf, zu protestieren und den heißen Herbst Wirklichkeit werden zu lassen. In Halle startet am 17. September ab 13 Uhr auf dem Riebeckplatz eine Demonstration des „Genug ist genug“-Bündnisses und wir bitten euch darum, daran teilzunehmen.

Als LINKE sind wir in der Verantwortung, uns für alle einzusetzen, die sich vor einer kalten Wohnung und einem leeren Magen fürchten müssen. Dazu muss die Politik mit der kalten Marktlogik brechen. Ob wir mit der Demonstration dazu einen Beitrag leisten können, hängt auch an uns!

Wir würden uns deshalb sehr freuen, euch am 17.09. (Samstag) ab 13 Uhr auf dem Riebeckplatz zu sehen.  
Mit solidarischen Grüßen,  
Euer Stadtvorstand

## Heißer Herbst gegen soziale Kälte - das Entlastungspaket entlastet nicht!

Der Status Quo ist, dass sich viel zu viele Menschen bei Lebensmitteln und Energie massiv einschränken müssen und dass sie zurecht eine Verschlimmerung ihrer Situation befürchten müssen. Daran ändert auch das dritte Entlastungspaket nichts. Nehmen wir ein Beispiel: Die Regelsätze für #HartzIV sollen steigen („Bürgergeld“), aber bleiben trotzdem deutlich unter der Armutsrate. Oder ein anderes: Studierende, Fachschüler:innen und Rentner:innen sollen jetzt auch Geld bekommen, aber die Einmalzahlungen werden von den gestiegenen Kosten aufgeessen. Das ist ungerecht, denn die soziale Not kann so nicht gelindert werden. Und noch mehr: Während die Energiepauschale besteuert wird, gibt es Steuernachlässe, von denen die Reichsten am meisten profitieren. Auch die Gasumlage, mit der die Bürger:innen für die Energiekonzerne zahlen sollen, bleibt. Das Entlastungspaket zeigt aber zumindest, dass die Bundesregierung wei-

tere Entlastungen beschließen kann - wenn sie Angst vor Protest hat. Das Paket ist eine Beruhigungsspielle. Wir sollten uns nicht beruhigen lassen, sondern Druck machen für echte Entlastungen! Deshalb ist es gut, dass überall in Deutschland Linke auf die Straße gehen, um zu zeigen, dass es eine solidarische Protestbewegung gibt, die sich nicht von reaktionären, faschistischen Hetzer:innen dominieren lässt, sondern die klare Forderungen hat: Essen, Energie, Wohnraum für alle! Ökologie und Soziales sind keine Widersprüche! Umverteilung bleibt notwendig! Letzteres ist besonders wichtig zu betonen, denn unsere soziale Schiefelage hängt nicht an den Sanktionen, sondern an der Tatsache, dass einige Superreiche alles und die meisten fast nichts besitzen. Deshalb braucht es jetzt überall progressive Bündnisse gegen die Teuerung - damit der heiße Herbst tatsächlich ein solidarischer wird!

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare  
**Spendeerbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
09.09.2022  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 06.10.2022

Brot, Butter, Apfelschorle oder Bratwürstchen: Lebensmittel und Getränke haben auch im August einen Inflationsrekord erlebt. Um 17,8 Prozent sind die Preise dafür in den Supermärkten durchschnittlich gestiegen. Währenddessen lässt die Politik sich Zeit, denn die Energiepreispause soll erst noch kommen, das 9-Euro-Ticket läuft sogar übermorgen aus. HartzIV-Empfänger:innen, die meisten Studierenden, Rentner:innen und viele mehr bekommen gar nichts, bei Normalverdiener:innen sind die 300 Euro schon längst durch Zusatzkosten aufgeessen worden. Ab Oktober wird auch in Halle die Energie noch teurer. Was wir jetzt brauchen, ist ein echtes Rettungspaket, nicht für Uniper und die anderen Energiekonzerne, sondern für die Menschen in diesem Land. Ganz einfach: Preisbremsen für Grundbedarfe, Übergewinnsteuer und echte Entlastungszahlungen für Erwerbslose und Arbeiter:innen. So darf es nicht weitergehen!

# Rekordinflation bei Lebensmitteln und Getränken



**+ 17,8 Prozent im  
August**

**? Aber bis heute keine  
Entlastung!**





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat September Geburtstag haben.



## Bedingungsloses Grundeinkommen - Chance oder Risiko?

Vor dem Mitgliederentscheid im September fand eine Diskussionsrunde zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) statt, die die Positionen von Befürworter:innen und Gegner:innen gut dokumentierte und dazu einlud, sich selbst Gedanken zu machen. Auf der einen Seite argumentierte Jörg Schindler (ehemaliger Bundesgeschäftsführer) gegen das Bedingungslose Grundeinkommen, während Mischa aus Leipzig (BAG Grundeinkommen) die befürwortende Rolle übernahm und für ein JA beim Mitgliederentscheid der LINKEN geworben hatte.

Das BGE ist von der Idee her ein Neuaufbau des Sozialstaates. Der soll, so die Befürworter:innen nicht mehr kontrollieren, spionieren und unterdrücken, wie das bei Hartz IV zur Zeit der Fall ist, sondern allen Menschen das Notwendige zum Leben zur Verfügung stellen. So müsste der Staat allen z.B. 1.500 Euro überweisen, die hier ihren Hauptwohnsitz haben. Dabei würde bewusst auf eine Bedarfsprüfung verzichtet, da das BGE ein Menschenrecht darstellt. Das Arbeitslosengeld Zwei (Hartz IV) würde damit genauso ersetzt wie bspw. das Kindergeld, da die Zahlungen pro Person mit dem BGE natürlich viel höher wären. Der Referent von der BAG Grundeinkommen hat dabei deutlich gemacht, dass es nicht darum gehen sollte, den gesamten Sozialstaat damit zu ersetzen. Vielmehr hat er sogar deutlich gemacht, dass das BGE nur den Grundbedarf sichern soll, nicht aber die Rente oder die Krankenversicherung ersetzen, wie es neoliberale Befürworter:innen anderer BGE-Konzepte wollen (siehe z.B. Götz Werner, den Chef von dm). In diesem Sinne sah der Diskutant keinen Widerspruch zu unserer Programmatik, sondern eine notwendige Ergänzung. Mit Bezug auf DIE LINKE, die sich insbesondere durch den Widerstand gegen Hartz IV bundesweit gefunden hat, wäre die Forderung nach einem Grundrecht auf soziale Sicherung durch das BGE am besten durchzusetzen.

Die Kritiker:innen des BGE, die von Jörg Schindler vertreten wurden, halten es ebenfalls für notwendig, dass sich am gegenwärtigen Repressionsapparat, der

arme Menschen unterdrückt, etwas grundlegend ändert. So hat Jörg auf die Beschlusslage der LINKEN hingewiesen, in der eine solidarische Grundsicherung gefordert wird, die ein Grundeinkommen für Menschen, die kein Geld haben, ermöglichen würde. Ihm zufolge würde es keinen Unterschied für diese Menschen machen, ob sie die Grundsicherung oder das Grundeinkommen beziehen würden, es sei vielmehr kaum nachvollziehbar warum darüber hinaus beim BGE auch alle, die es nicht bräuchten, dieselbe Summe bekommen würden. Der Referent zeigte sich überzeugt davon, dass es möglich wäre, die Prüfung des Bedarfs ohne Sanktionen oder Repressionen durchzuführen, sondern allen niedrigschwellig Zugang zur Mindestgrundsicherung zu ermöglichen. Das Argument ist klar: Warum sollte man Menschen Geld zuschieben, die es nicht brauchen, während ernsthaft Bedürftige doch einfach Geld beantragen könnten? Aber es gab nicht nur praktische Bedenken von seiner Seite. Vielmehr sah er auch ein Gerechtigkeitsproblem, wenn Milliardär:innen dieselbe Leistung bekommen würden wie Geringverdiener:innen. Seine Hauptkritik zielte dabei auf die Durchsetzbarkeit ab. Das BGE sei einer breiten Mehrheit nicht zu vermitteln, eine Grundsicherung in Kombination mit einer Jobgarantie sei also die von der LINKEN in den Vordergrund zu stellende Position.

Mischa von der BAG konnte darauf antworten. Er negierte das ausgemachte Gerechtigkeitsproblem und wies darauf hin, dass das BGE mit einer deutlich höheren Steuer einhergehen würde. Superreiche hätten also nicht mehr davon, sondern deutlich weniger als jetzt, während Künstler:innen, Selbstständige, Jobber:innen (usw.) nicht ständig zum Amt müssten, um ihre Bedürftigkeit nachzuweisen. Er zeigte sich überzeugt davon, dass es nicht einfach sei - schließlich erfordert der Nachweise der Bedürftigkeit durchaus eine Kontrolle, denn man könne auch einen gefälschten Kontoauszug vorlegen, womit Misstrauen in den Ämtern wieder Tür und Tor geöffnet wäre. Er sah unsere Aufgabe nicht darin, jedem/jeder Einzelne/n einen Job zu organisieren, sondern wollte, dass die



Individuen viel stärker das tun können, was sie für wichtig hielten. So sei es genauso viel wert, ehrenamtlich aktiv zu sein oder Sorgearbeit zu verrichten. Das BGE habe deshalb auch die Funktion, bis jetzt unbezahlte Arbeiten endlich zu honorieren und zu stärken und stelle gerade in Zeiten der Produktivitätssteigerungen eine notwendige Modernisierung der Sozialpolitik dar.

Insgesamt dauerte die Veranstaltung gut zwei Stunden und es wurde noch angeregt diskutiert. Letztlich zeigte sich, dass es viele Gemeinsamkeiten zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen gibt. Natürlich gibt es auch grundsätzliche Unterschiede. Ein zentra-

ler Punkt ist aber auch die strategische Frage. Kann DIE LINKE mit dem BGE-Konzept dort verfangen, wo es die solidarische Grundsicherung bis jetzt vielleicht nicht geschafft hat? Oder findet das BGE keine Akzeptanz, unterhöhlt gar mögliche Solidarisierungseffekte? Diese Fragen hat die Partei nun an die Mitglieder weitergegeben. Vom 13. bis zum 26. September kann abgestimmt werden.

Hier finden sich noch einmal die Argumente der beiden Seiten und eine Übersicht über den Entscheid:

<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/mitgliederentscheid/>

## **Das reicht noch lange nicht - für eine solidarische Krisenlösung!**

Das „dritte Entlastungspaket“ der Bundesregierung klingt voluminös, ist es aber nicht. Man schmückt sich mit einem Umfang von 65 Milliarden Euro, allerdings werden nur 8 Milliarden davon ausgegeben - der Löwenanteil von 57 Milliarden sollen Steuernachlässe ausmachen, die den Reichen deutlich mehr helfen als den Armen. Und hier hat das sogenannte Entlastungspaket eine riesige Leerstelle: So sollen Studierende einmal 200 Euro bekommen, obwohl jetzt schon ein Drittel von ihnen unter der Armutsgrenze lebt, Mensen und Wohnheime teurer werden und aufgrund der Krise Minijob wegzubrechen drohen. Auch Rentner:innen sollen nur einmal 300 Euro bekommen, obwohl die ohnehin marginalisierten Renten schon lange von der Inflation erdrückt werden. Auch Erwerbslose profitieren nicht von den Steuerentlastungen, sondern sollen ab Januar ein wenig mehr Hartz IV bekommen, was nun „Bürgergeld“ heißt. Damit liegt die Erhöhung unterhalb der Inflationsrate, was einer Senkung gleichkommt. Hier folgt die Regierung dem Prinzip, möglichst wenig zu tun und doch Aktivität vorzutäuschen. Man sollte sich davon aber nicht aufs Glatteis führen lassen, denn auch die kleineren und mittleren Einkommen profitieren kaum von den Steuernachlässen. Vielmehr ist es wie immer: Steuermillionär:innen profitieren enorm, während Niedrigverdiener:innen kaum etwas davon sehen. Der Hauptanteil der Entlastung entfällt also auf diejenigen, die nicht entlastet werden müssen. Dazu passt auch, dass es keinen Beschluss zu einer Übergewinnsteuer und gegen die Gasumlage gibt, Konzerne ihre fantasti-

schen Krisengewinne also behalten bzw. an die Aktionär:innen weitergeben können.

Eine soziale Krisenbewältigung muss das Gegenteil davon durchsetzen. Von ihr müssen die Ärmsten am stärksten profitieren und die Reichsten müssen etwas von ihrem Reichtum dafür abgeben. Es braucht eine Übergewinnsteuer, eine Anhebung des Steuerfreibetrags und monatliche Zahlungen in Form eines „Klimabonus“ für alle Haushalte. Einmalige „Geldgeschenke“ werden von der Bürokratie und den galoppierenden Preisen überholt und verbessern am strukturellen Problem der Armut nichts. Letztlich soll das dritte Entlastungspaket nur die Zeit bis zum vierten überbrücken, so bleibt die Politik Stückwerk und die Menschen bleiben verunsichert, da sie den immer weiter steigenden Preisen praktische alleine gegenüberstehen.

Die Alternative ist klar: Eine Politik, die den Menschen langfristig hilft und in der Krise mutig die Weiche verstellt, hin zu erneuerbaren Energien, hin zu einer echten Verkehrswende, hin zu einem Sozialstaat, der krisenfest ist.

### **Konkret fordern wir deshalb:**

Entlastungsgeld für alle mit niedrigem und mittlerem Einkommen von 125 Euro pro Monat!

Hartz IV-Sätze auf mindestens 678 Euro anheben!

Flächendeckende Besteuerung von Übergewinnen!

Gaspreisdeckel statt Gasumlage - Preiskontrolle statt Profite!

Fortsetzung des 9-Euro-Tickets - Mobilität für alle!

## Sommerfest der LINKEN

Am 2. September haben wir unser alljährliches Sommerfest veranstaltet, dieses Mal in der Grünen Villa in Halle-Neustadt. Wir danken allen Gästen, die mit uns diskutiert oder unser Fest einfach besucht haben. Bei vielen Gesprächen wurde deutlich, dass sich die Politik grundsätzlich ändern muss. Vielen fürchten sich vor noch höheren Preisen oder müssen sich jetzt bereits einschränken. Deshalb stehen wir dafür ein, dass die breite Mehrheit entlastet wird, zum Beispiel durch Preisdeckel, höhere Sozialleistungen und Ausgleichszahlungen. Die Gasumlage lehnen wir strikt ab. Nicht die Bürger:innen sollten für die Konzerne zahlen - die Konzerne sollten die Krisenlasten tragen. Auch deshalb braucht es endlich eine Übergewinnsteuer!







## Kundgebung von ver.di und Fridays For Future

Wir haben am 26. August die Kundgebung von ver.di und Fridays For Future unterstützt. Vorher haben wir uns in einer Pressemitteilung mit dem Streik der Verkehrsbetriebe solidarisiert und die Kritik des Bürgermeisters zurückgewiesen. Die PM dazu findet ihr hier:

„Ein Streik hat scheinbar nur zwei Seiten. Auf der einen Seite stehen die Arbeiter:innen, die völlig zurecht eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge fordern. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die davon betroffen sind. Beim Streik der Verkehrsbetriebe sind das Schüler:innen, Pendler:innen und viele mehr, die Schwierigkeiten haben, notwendige Fahrten anzutreten. Aber diese zwei Seiten stehen sich eigentlich nicht feindlich gegenüber, sondern leiden beide unter demselben Grundproblem. Denn schlechte Arbeitsbedingungen sorgen auch dafür, dass das, was die Kund:innen brauchen, nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung steht. Wer, wie Bürgermeister Egbert Geier, Kritik an den Modalitäten des Streiks hat, weil eine Seite darunter leidet, muss die Kritik an die Arbeitgeber:innen richten und nicht an diejenigen, die die Politik der Arbeitgeber:innen und die fehlenden Investitionen in den ÖPNV durch Land und Bund ohnehin schon ausbaden müssen und sich nun verstärkt dagegen wehren. Wir wollen einen Nahverkehr, der niemals still, sondern allen bezahlbar zur Verfügung steht. Aber der Weg dahin ist lang und Streiks gehören dazu. Wir hoffen darauf, dass dieser erfolgreich wird - für alle Arbeiter:innen im ÖPNV und auch für alle Nutzer:innen.“

### AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

**Zeit: 30. September 2022 um 18 Uhr**

**Ort: Maybachstraße 1, 06112 Halle**

Bei der letzten Sitzung haben wir uns zu einem Antrag aus Frankfurt/Main verständigt, den wir in etwas abgeänderter Form der Stadtratsfraktion empfehlen möchten.

Nachdem der NABU im August das Gießen von Friggas Baum bewerkstelligt hat, werden wir im September gießen: 36. und 37. KW Hartmut und Bernd, 38. KW Marianne und Marion, 39. KW Uli.

Insbesondere die Radfahrer\*innen bitte ich, sich die Planung des Radweges zwischen Dölau und Nietleben anzusehen ([www.halle.de/?08621](http://www.halle.de/?08621)), s. Amtsblatt vom 26. August (Hinweise und Fragen können per E-Mail an [verkehrsplanung@halle.de](mailto:verkehrsplanung@halle.de), unter Telefon 0345 221-6273 oder -2351 sowie schriftlich an die Abteilung Verkehrsplanung, Am Stadion 5, 06122 Halle (Saale), gerichtet werden.).

Über kurzfristige Änderungen informiert euch unsere Genossin Marion per E-Mail.

### 3. Hallescher Friedenslauf

Der Weltfriedenstag ist heute aktueller denn je. Seit dem brutalen Angriff des Putin-Regimes auf die Ukraine steht dieser grausame Krieg im europäischen Rampenlicht. Ebenso finden in anderen Regionen seit Jahren brutale Kriege statt, man denke nur an den langjährigen Bürgerkrieg im Jemen oder an die Angriffe des türkischen Regimes auf das kurdische Rojava (Nordsyrien). Am Weltfriedens- und Antikriegstag wollten wir deshalb ein Zeichen für eine friedliche Konfliktlösung und ein Zeichen der Solidarität mit allen, die durch Krieg, Gewalt und Unterdrückung bedroht werden, setzen.

Deshalb haben wir alle Interessierten dazu eingeladen, an unserem 3. Halleschen Friedenslauf teilzunehmen. Einige engagierte Läufer:innen folgten dem Aufruf. Wir danken ihnen genauso wie den Spender:innen, die sie unterstützt haben. Die Spenden gehen an den Cadus e.V., der Geflüchtete in der Ukraine und in Nordsyrien unterstützt.

Nach dem Friedenslauf fand eine Kundgebung mit Jan van Aken (ehem. UN-Inspekteur), Wulf Gallert, Petra Sitte und Janina Böttger statt, in der linke friedenspolitische Perspektiven diskutiert wurden. Vielen Dank an alle Bürger:innen, die dabei waren.



### Das 9-Euro-Ticket muss verlängert werden - massive Investitionen in den ÖPNV!

Am 27. August 2022 fand der Aktionstag zur Verlängerung des 9-Euro-Tickets statt. Es konnte zwar nicht genug Druck gemacht werden, um eine Verlängerung des Tickets zu erzwingen, aber der Tag war doch ein sehr guter Auftakt für verschiedene Kampagnen, die zu dem Thema stattfinden. So gibt es mit dem „9-Euro-Fonds“ eine Initiative, die ihren Mitgliedern (für neun Euro/Monat Beitrag natürlich!) die Strafzahlungen für das sogenannte „Schwarzfahren“ erstatten will. Damit soll praktisch das 9-Euro-Ticket ersetzt werden, vor allem soll aber Druck auf die Politik gemacht werden. Es kommt dabei sicher auf die Einzelperson ab, ob das eine Option darstellt oder nicht, aber das Ziel ist unterstützenswert. Denn der ÖPNV ist viel zu teuer, der Fernverkehr darüber hinaus auch. Aber vor allem die Regional- und Straßenbahnen, die die Menschen zum notwendigen Pendeln, für Besuche oder für die grundlegendste Mobilität brauchen, dürfen nie-

manden ausschließen. Trotzdem passiert das gerade, denn nach dem 9-Euro-Ticket steigen die Preise im ÖPNV auch in Halle an. Gerade mit der Energie- und Klimakrise, die sich immer weiter verschärft, werden die Verkehrsbetriebe ihre Preise weiter erhöhen oder Leistungen einstellen, was zu einer noch stärkeren Schwächung des Schienenverkehrs führen wird. Als LINKE wollen wir das Gegenteil: Wir wollen, dass das 9-Euro-Ticket unbedingt verlängert wird und stehen gleichzeitig dafür ein, dass es bessere Arbeitsbedingungen für die ÖPNV-Mitarbeiter:innen und massive Investitionen in Schienen, Bahnhöfe, Züge und Trams gibt. Viel zu lange wurde die Infrastruktur in Deutschland vernachlässigt. Viel zu lange gab es nun Teuerung und Privatisierung im Bahnbereich. Damit muss Schluss sein. Der Kampf für die Verlängerung des 9-Euro-Tickets ist ein guter Ausgangspunkt für mehr, langfristig einen komplett kostenlosen ÖPNV!



## Bericht zum Vortrag:

### 100 Jahre Rathenaumord - Rechter Terror in der Weimarer Republik

Am 30. August 2022 fand im Linken Laden (mit Online-Stream) eine Veranstaltung zum Thema „100 Jahre Rathenaumord - Rechter Terror in der Weimarer Republik“. Hier referierte Lukas Wanke über das Thema seiner geschichtswissenschaftlichen Bachelor-Arbeit, den Terror durch faschistische Freikorps gegenüber Kommunist:innen, Sozialist:innen und Demokrat:innen. Er erinnerte an den damaligen liberalen Reichsaußenminister Walther Rathenau, der am 24. Juni 1922 ermordet worden war. Dieser Terroranschlag, dessen Spuren von Berlin bis zum heute sachsen-anhaltischen Saaleck (Burgenlandkreis) reichen, war aber kein Einzelfall, sondern stellt den Höhepunkt einer Terrorserie dar, der auch Sozialisten wie Kurt Eisner und Karl Gareis oder bürgerliche Akteure wie Maximilian Harden oder Matthias Erzberger zum Opfer fielen. Die Täter kamen aus einem elitär-studentischen Milieu und hatten sich den Kämpfen des Ersten Weltkriegs verrohrt. Für sie war allein die Existenz einer sozialistischen Massenbewegung (damals: linker Flügel der SPD, USPD, KPD) genauso unzumutbar wie die Tatsache, dass die Weimarer Republik das Kaiserreich abgelöst hatte. Ihnen war eine extreme Arbeiterfeindlichkeit und die Verachtung alles angeblich „Unmännlichen“ gemein. Obwohl sie sich also diametral gegen die Republik stellten und sogar ihre Repräsentanten ermordeten, gingen die staatlichen Organe der Republik, die formal noch „Deutsches Reich“ hieß, nicht wirksam gegen diese faschistischen Strukturen vor. Das lag zum einen daran, dass die Regierung unter Führung der SPD (später auch liberale und katholische Kräfte) sie als Freikorps vorher selbst gerufen hatte und sich gegenüber den Alliierten nicht die Blöße geben wollte, illegal bewaffnete Kräfte im Land zu dulden. Dazu lag es aber auch daran, dass die Attentäter bestens in den bürgerlichen und monarchistischen Kreisen vernetzt waren, den Justizapparat weitestgehend hinter sich wussten und insbesondere mit den liberalen, konservativen und völkischen Parteien eine gemeinsamen Wertehorizont aufwies. Es gab also kein bewusstes Gewährenlassen der Mörder von Rathenau, sondern strukturelle und schwerwiegende Fehler der (Sozial-) Demokrat:innen auf der einen Seite sowie völliges ideologisches Unvermögen der Bürgerlichen auf der anderen Seite. Dieser Teil der Weimarer Geschichte, den man zurecht mit dem Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beginnen lassen kann, muss - so

lautete ein Fazit des Vortrags - weiterhin beleuchtet werden. Gerade die Anfangszeit der Republik weist auf die Chancen hin, die es mit einem breiten Bündnis der Arbeiterbewegung gegeben hätte, genau wie ihr Ende auf die Gefahr hinweist, die mit rechten Sicherheitsbehörden und fehlender Haltung verbunden sind.

## Senioren-Treff

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren, hiermit möchte ich euch über die geplanten Termine für unseren Senioren-Treff informieren:

**Termin:** Mittwoch, 28.09.2022 ab 14.30 Uhr.

**Ort:** Bürgerladen Halle-Neustadt  
Falladaweg 9, 06126 Halle (Saale)

erreichbar: Straßenbahnen 2, 10, 16 bis zur Haltestelle Mark-Twain-Straße, dann weiter ca. 500 m zu Fuß bis Falladaweg 9

Vorschlag: Treffen 14.15 Uhr an der Haltestelle

### Thema:

Buchlesung von Viola Schubert-Lehnhardt „Alexandra Kollontai - die erste Botschafterin und die erste Ministerin der Welt. Zum 150. Geburtstag“ Die Freundin Clara Zetkins und Rosa Luxemburgs war u. a. Botschafterin in Schweden, Norwegen und Mexiko und Volkskommissarin für soziale Fürsorge. Sie leitete die Zhenotdel, das weibliche Zentralkomitee in Lenins erster Regierung, das dafür sorgen sollte, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen zu verbessern; sie setzte sich insbesondere für den Mutterschutz ein.

### Vorschau für Oktober

**Termin:** 26.10.2022, 14.30 Uhr

**Ort:** Marktplatz, Marktkirche

**Thema:** Besuch der Marienbibliothek

Unkostenbeitrag pro Person: 4,00 Euro

Ich freue mich, wenn ich euch wieder zahlreich zu unseren Veranstaltungen begrüßen kann. Solltet ihr Hilfe für den Hin- bzw. Rückweg benötigen, meldet euch bitte. Wir versuchen, das dann zu organisieren.

Lydia Roloff

## Vergesst den Albert Schweitzer nicht

1958 kam der Bundespräsident Theodor Heuss von einer USA-Reise zurück und versuchte, seinen alten Freund Albert Schweitzer, der ihn und seine Frau Elli Knapp 1908 getraut hatte, für das „Gleichgewicht des atomaren Schreckens“ zu gewinnen. Aber Schweitzer hatte mit L. Pauling, M. Niemöller und anderen Gedanken zu Frieden oder Atomkrieg geschrieben und antwortete besorgt am 13.12.58: „Die Niebelungentreue Westdeutschlands der NATO gegenüber ist vielleicht nicht das Rechte“.

Heuss setzt alles ein (auch Mitarbeiterinnen Schweitzers), um seinen Freund umzustimmen. Doch Schweitzer antwortet beharrlich: „Ich setze mich für die Abschaffung der Nuklearwaffen, als der einzigen Möglichkeit den Frieden zu erhalten ein, weil ich es für meine Pflicht halte.“

Jede Leserin, jeder Leser wird sagen, heute ist alles anders. Das ist richtig. Der durch nichts zu rechtfertigende verbrecherische Krieg Russlands gegen die Ukraine schafft eine neue Situation. Aber welche? Was wissen wir über Anfang und Gründe? Wir wissen, dass der neu gewählte Präsident der Ukraine Selenski nach seiner Wahl in die USA reiste und bei Bush und Stoltenberg um die Aufnahme in die NATO bat. Dieser Wunsch wurde nicht erfüllt. Es kamen Minister aus Europa, die versprachen, sich für die Aufnahme der Ukraine in die EU einzusetzen. Doch bekannt ist, das kann Jahrzehnte dauern. Schließlich galt die Ukraine als das Land mit höchster Korruptionsrate und Zahl an Oligarchen. Selenski forderte, dass Waffen geliefert würden. Das geschah. Nun ist Krieg. Wie nie in den letzten Jahrzehnten überschwappt eine Welle von Nationalismus die Länder. Überall nur Feinde. Und wir

wissen nichts!

Warum flieht eine ukrainische Staatsanwältin, während sie Verbrechen untersucht, nach Russland? Warum wechselt Selenski hektisch eine gewaltige Zahl von Sicherheitsleuten aus und entlässt seinen Freund, der ihn zum Präsidenten begleitete? Was ist mit der faschistischen Horde der WASOW? Die hatten sich verschanzt und wollten bis zum Tod kämpfen und sind nun in russischer Gefangenschaft.

Der Krieg brachte den Menschen in der Ukraine viel Opfer und Elend, aber man hört von Selenski keine Absicht, sich für das Ende einzusetzen. Die Rede ist von der Rückeroberung der Krim.

Über die Zahl der Toten auf beiden Seiten wissen wir nichts.

Wir können nur froh sein über jeden Schritt der Verhandlung, sei es zum Getreide-Export oder dem Austausch von gefallenen Soldaten.

Inzwischen ist vergessen, was am 15.8.21 geschah, als die afghanische Republik unterging. Wolfgang Bauer hat in Nr. 33 „Die Zeit“ vom 10.8.22 „Unsere Fehler“ der Entwicklungshilfe analysiert: „Die vom Westen geführte Allianz machte Warlords zu Millionären, Übersetzer zu Unternehmern, Bodyguards zu Politikern...“ Wir, die Deutschen, so schreibt er, „wir empörten uns wenigstens für einen Moment“. Aber so groß die Unterschiede zwischen beiden Ländern und den beiden Krisen sind: Auch in die Ukraine werden inzwischen Unsummen gepumpt, ohne nachvollziehen zu können, was mit dem Geld passiert.“

Wir sollten wieder mit Schweitzer über Möglichkeiten nachdenken, wie ein Friedensprozess einsetzen kann. Ernst Luther

---

## Rezension

**Detlef Kannapin: Vernunft im Passiv. Standpunkte beim Studium des Klassenkampfes**  
Aurora Verlag, Berlin 2022 ISBN 978-3-395-02552-8, 250 Seiten

Der Filmhistoriker und politische Publizist Detlef Kannapin hat bereits mit seinem 2015 erschienenen Buch „Vernunft im Abseits“ einen Aufruf zur Gründung einer „Gesellschaft zum Studium des Klassenkampfes“ gestartet, den er mit vorliegender Publikation erneuern will. Aus pragmatischen Gründen sei er jedoch nicht dazu gekommen, „die wichtigsten Probleme der Menschheitsgeschichte, die vernünftige Organisation der Gesellschaft über die einzig wirkungsvolle Organisationsinstanz, den Vernunftstaat, theoretisch und praktisch zu erfassen und auszuarbeiten“ (S. 8).

Das vorliegende Werk sei dazu nur ein erster Ansatz, der zumindest in der „Nachrede“ einen Gliederungsplan dazu enthält (siehe S. 233). Das jetzt publizierte Buch enthält dazu zunächst einzelne von ihm anderweitig publizierte Artikel und Aufsätze - geordnet in vier Kapitel: I. Staat und System; II. Staat und Revolution. Fortsetzung; III. Staat und Personal: Sozialphilosophische Porträts und IV. Prolog zum Staat. Diese sind teilweise schwere Kost, da sie jede Menge Literaturkenntnisse voraussetzen, und beziehen sich nicht immer auf die jeweilige Kapitelüberschrift. Inter-

essant sind jedoch in jedem Falle seine angehängten Bemerkungen zur Erstveröffentlichung, zu darin ohne Absprache mit ihm vorgenommene Veränderungen und Kürzungen, die er sehr kritisch, um nicht zu sagen bissig, kommentiert.

Als Film- und damit Medienhistoriker stellt die Analyse der Entwicklung und Wirkung von Massenmedien seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute den Kernpunkt seiner Texte dar. Interessant sind hier z. B. die Entwicklung Walt Disneys bzw. dessen Imperiums, oder auch die Analyse bestimmter Fernsehserien, was allerdings wiederum bei der Leserschaft deren Kenntnis voraussetzt (welche Menschen in Deutschland kennen z. B. die französische Serie „Trepalium“?).

Kannapin versucht dies zwar über das Nacherzählen von Inhalten und Darstellung auszugleichen, zwingt die Leserschaft jedoch damit, sich auf sein Urteil verlassen zu müssen, ohne es prüfen zu können. Da sind zumindest für DDR-sozialisierte Menschen die Betrachtungen zum Filmschaffen von Konrad Wolf einfacher zu rezipieren ... Gleiches gilt für die diesem Publikum zweifellos bekannten Werke von Dimitri Schostakowitsch, den er gegen Unterstellungen von Julian Barnes

in „Der Lärm der Zeit“ verteidigt, ein Dissident gewesen zu sein.

Schwerpunkt insgesamt ist die Periode des Kalten Krieges bzw. des „Medienimperialismus“ (so seine gewählte Kategorie) in der Phase der friedlichen Koexistenz. Logischerweise spielen die Einordnung und Bewertung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der geistesgeschichtlichen Grundlagen der DDR hierbei eine zentrale Rolle. Derzeit sehr aktuell dürfte dabei seine Wertung sein, dass „eine der kulturellen Hauptleistungen der DDR darin bestand, den Antifaschismus als bewusstseinspolitischen Gradmesser in die Staatsräson eingeführt zu haben“ (S. 129). Wichtig auch seine Einschätzung, dass es für heutige Beurteilungen der europäischen Entwicklung nicht darum geht, dass die sozialistischen Staaten gescheitert sind, sondern darum, dass sie überhaupt existiert haben, denn damit waren sie der „handgreifliche Beweis dafür, dass die Beseitigung des Kapitalismus möglich und notwendig ist“ (S. 134). Hieran könnten die Arbeiten der zu gründenden „Gesellschaft zum Studium des Klassenkampfes“ anschließen; die Rezensentin wünscht ihr zumindest viel Erfolg dabei!

### **Ina Knobloch Shut Down. Von der Corona-Krise zur Jahrhundert-Pandemie Droemer Verlag München 978-3-426-27844-4, 252 S.**

In Zeiten, in denen täglich neue Zahlen und Fakten, Stellungnahmen zu diesen Zahlen und Fakten, Uminterpretationen dieser Stellungnahmen, Empfehlungen und Rücknahmen dieser Empfehlungen erscheinen, so dass es nicht nur schwer fällt, den Überblick zu behalten, sondern auch Ursache und Wirkung zu unterscheiden, tut es gut eine systematische Recherche vorzufinden, die Ausgangspunkt und weltweite Entwicklung der Ereignisse, sowie den jeweiligen Stand der Forschung beschreibt.

Die Journalisten, Autorin, Filmemacherin und promovierte Biologin Ina Knobloch schildert nicht nur chronologisch wissenschaftliche und politische Fakten bzw. Maßnahmen in einzelnen Ländern, sondern verknüpft diese mit dem eigenen Erleben in der jeweiligen Zeitspanne. Gerade dieser Mix zwischen journalistischer Recherche und persönlichem Erinnerungen macht ihre Darstellung für LeserInnen auch aus dem nicht-medizinischem Bereich sehr nachvollziehbar.

Gleichzeitig verweist sie auf die jeweiligen statements in diversen Medien bzw. das (verordnete) Schweigen über bestimmte Fakten und Entwicklungen. Leicht verständlich beschreibt sie auch (verzögerte)

Forschungsprojekte zum Thema Viren, sowie deren Hintergründe bzw. weiterführende Ziele (z.B. mögliche Nutzung als ethnische bzw. biologische Kampfstoffe).

Ihre Recherchen zum Thema Pandemie reichen bis ins Mittelalter zurück, die Autorin geht jedoch auch auf den LeserInnen noch bekannte vorangegangene Epidemien wie SARS, Schweinegrippe etc. ein. Dabei wird sowohl analysiert, wie die Interessen von Pharmakonzernen nicht nur die Forschungsziele, sondern auch die Auswahl der ProbandInnen beeinflussen, als auch die Handlungsweise der Bill-Gates-Stiftung. Gewinner und Verlierer der Krise oder des shut down werden ebenso benannt, wie Gründe dafür, dass natürliche Heilmittel kaum erforscht und propagiert werden - sie lassen sich weder patentieren, noch durch Pharmakonzerne so gewinnträchtig vermarkten, wie die von ihnen angepriesenen Impfungen.

Die Lektüre des Buches ist sowohl für eine (medizin)historisch interessierte Leserschaft zu empfehlen, als auch für alle diejenigen, die Orientierung in der täglich wechselnden bzw. sich widersprechenden Berichterstattung suchen.





Ein heißer Herbst steht vor den Türen, die Klimakatastrophe eifert mit der Energiekrise um die Aufmerksamkeit einer verarmenden Bevölkerung. Und in dieser Stimmung wird der Ruf nach der Laufzeitenverlängerung deutscher Atomkraftwerke lauter. Dazu wollen wir euch den gleich nochmal aktueller gewordenen Film "**Atomkraft forever**" zeigen und ins Gespräch kommen. Über kostenloses Popcorn dürft ihr euch auch freuen.

Der Film findet im Rahmen unserer **Spätsommer-Kinoreihe** statt.

Zum Inhalt des Films:

2022 steigt Deutschland endgültig aus der Atomkraft aus: Das letzte Atomkraftwerk wird abgeschaltet, weil die Erfahrung von Fukushima gezeigt hat, dass das Risiko zu hoch ist und die Technik nicht beherrschbar. Doch dass damit das nukleare Problem gelöst wäre, erweist sich bei genauerer Betrachtung als Illusion: Zigtausende Tonnen radioaktiver Müll, dessen Lagerung völlig unklar ist. Gefährlicher Rückbau der Kraftwerke, der Jahrzehnte dauern und viele Milliarden Euro verschlingen wird. Und europäische Nachbarn, die an der vermeintlich sauberen Kernenergie festhalten: Von 27 EU-Staaten betreiben 13 Atomkraftwerke – und der Ausbau geht weiter.

Freut euch am Dienstag, den **06. September ab 20:30 Uhr im Burggraben der Moritzburg** auf "**Regeln am Band, bei hoher Geschwindigkeit**" zu den Zuständen in der Deutschen Fleischindustrie. Im Oktober folgt noch "**Im inneren Kreis**" über verdeckte Ermittler:innen in den linken Szenen von Hamburg und Heidelberg

Ausschlussklausel: Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechten Parteien/Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Das gilt ebenso für Personen, die rechtsradikale Symbolik und Bekleidungsmarken zur Schau stellen.

**Petra Sitte**  
Mitglied des Bundestages

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Halle

links  
jugend  
[solid]  
HALLE  
(SAALE)

**DIE LINKE.**  
Ortsverband Halle-Mitte